
03

JULIMAGAZIN

2025

Das Magazin der Jungen Liberalen NRW

Außenpolitik und globale Konflikte





Lasse Hundsörfer

Liebe JuLis,

Außenpolitik wirkt oft weit weg. Nachrichtenbilder aus Kiew, Gaza oder Taiwan scheinen nicht viel mit unserem Alltag zu tun zu haben. Aber genau hier ist der Trugschluss: Die Krisen dieser Welt betreffen vor allem uns. Freihandel, Sicherheit, politische Tendenzen - nichts davon bleibt unberührt.

Gerade als Liberale dürfen wir nicht tatenlos zuschauen. Für uns sollte klar sein: Außenpolitik ist immer auch Wertepolitik. Wenn irgendwo Menschenrechte mit Füßen getreten werden, wenn Demokratien unter Druck geraten, dann geht es auch um unsere Freiheit. Neutralität oder Schweigen wären in solchen Momenten nichts anderes als Zustimmung.

Das bedeutet: Klare Grenzen für Aggressoren, Solidarität mit denjenigen, die für Freiheit kämpfen, und Einsatz für internationale Zusammenarbeit. Es ist leichter, sich in nationale Wohlfühlzonen zurückzuziehen. Doch wir wissen: Unsere Gesellschaft lebt davon, dass auch jenseits unserer Grenzen Rechtsstaatlichkeit und Demokratie verteidigt werden. Wer glaubt, Unfreiheit „anderswo“ gehe uns nichts an, wird irgendwann feststellen, dass sie auch vor unserer Tür steht.

Außenpolitik ist deshalb nichts Abstraktes. Sie entscheidet über die Umstände, in denen wir leben wollen. Ob wir in einer Welt aufwachen, in der Stärke das Recht bestimmt, oder in einer, in der Prinzipien gelten. Die liberale Antwort darauf ist klar: Freiheit endet nicht an Landesgrenzen.

Ich hoffe, das Lesen der Ausgabe konnte euch unterhalten. Bei Fragen oder Anmerkungen schreibt uns gerne unter julimagazin@julis-nrw.de! Wir sehen uns in Mönchengladbach!

Euer *Lasse*



Editorial

der Chefredaktion

Seite 2

Berichte aus den Bezirksverbänden



**Geiseln der Feigheit:
Deutschland nach dem
7. Oktober**

Claudius Rosenthal



Seite 4



Seite 6

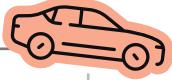


LIBERALE ILLUSION
Daniel-David Leis

Seite 8

**Deutschlands Umgang
mit der veränderten
Weltordnung: Lektionen
aus Trumps Amerika**

Maximilian Gerecht



Seite 10

Vorstellung **LAKS**



Seite 13



**Widersprüche liberaler
Außenpolitik**

Niklas Geppert



**China: Aufstieg, Strategie
und die sicherheitspoliti-
sche Herausforderung**

Kilian Küster



**Souveränität heißt
Verantwortung:
EIN PLÄDOYER FÜR
PROAKTIVE AUßENPOLITIK**

Moritz Löchte & Leon Dreinhöfer



APPEL AN DIE FREIHEIT
Emily Weigel

Seite 15



Seite 17



**Ordnung im Umbruch:
Warum der Russland-
Ukraine-Krieg mehr ist als ein
regionaler Konflikt**

Sven Benentreu

Seite 21



„Pick-up“-Gnocchi

Malte Frisch

Seite 23



**KLEINER BLICK
AUF'S POSITIVE**

Amon Börnsen

Seite 26

**BERICHT
AUS DEM** **Lavo**

BERICHTE AUS DEN BEZIRKSVERBÄNDEN



BV Ruhrgebiet

Die JuLis Ruhr waren in den vergangenen Monaten stark im **Kommunalwahlkampf aktiv**. In allen Kreisverbänden sind unsere Mitglieder auf Ratslisten vertreten und gestalten den Wahlkampf vor Ort mit **großem Einsatz**. Höhepunkte waren der gemeinsame **Aktionstag** mit den JuLis NRW in Mülheim, bei dem wir Eisgutscheine verteilt haben, sowie zahlreiche Stände, Flyeraktionen und Gespräche mit Bürgerinnen und Bürgern. Auch unser traditionelles **Sommerfest** der JuLis Ruhr bot Gelegenheit, uns gemeinsam mit Gästen aus dem gesamten Verband und der FDP auf die anstehenden Wahlen einzustimmen – erstmals wurde dabei auch die jungliberale Persönlichkeit Ruhr ausgezeichnet, die in diesem Jahr an **Tom Roehl** ging. Trotz der widrigen Umstände in diesem Jahr sind wir hoch motiviert, den Einzug in die kommunalen Parlamente mit einem starken Ergebnis zu schaffen und die Stimme der jungen Generation in den Räten zu stärken.

BV Düsseldorf

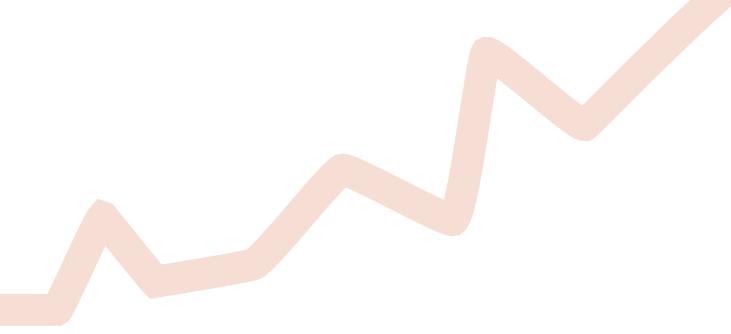
Von Jüchen bis Remscheid haben die **JuLis BVD** in diesem Sommer gezeigt, wie vielfältig und kreativ unser Bezirksverband ist. Beim programmatischen Wochenende „**JuLis Live 2025**“ in Xanten wurden in Arbeitskreisen zu internationaler Zusammenarbeit und Wohnungspolitik neue Ideen entwickelt, während beim Europapolitischen Sommerabend mit **Moritz Körner** und **Renew Europe** der Blick nach Europa gerichtet war. Parallel dazu liefen die Kreisverbände heiß für die **Kommunalwahl**: Von Eis verteilen über Aperol-Spritz-Aktionen bis zu klassischem Plakatieren und Flyern waren die JuLis ständig im Einsatz für die FDP. Besonders stolz sind wir auf die Vielfalt unserer **Kandidaturen**: von den Kreistagen in Mettmann und im Rhein-Kreis Neuss über die Stadträte in Düsseldorf, Wuppertal, Solingen und Remscheid bis hin zu zahlreichen lokalen Parlamenten.

BV Köln/ Bonn

In unserem Bezirksverband steht aktuell alles im Zeichen des **Wahlkampfs**. Viele unserer Mitglieder kandidieren in ihren Orts- und Kreisverbänden auf aussichtsreichen **Positionen** – von Bezirks- und Bürgerschaftsmandaten bis hin zu Stadt- und Kreisräten. Besonders stolz sind wir darauf, dass mit **Nikolas Thörner** ein engagierter Kandidat für das Bürgermeisteramt antritt, der frischen Wind und liberale Ideen in die Kommunalpolitik bringen möchte. Diese breite Aufstellung zeigt, wie stark unsere Jugendorganisation vor Ort verankert ist und **Verantwortung übernimmt**. Zudem hat es eine personelle Neuerung gegeben: Mit **Katharina Bischoff** haben wir eine neue Bezirksvorsitzende, die gemeinsam mit einem motivierten Team den Verband in die kommenden Monate führt.

Bildnachweis: stock.adobe.com Schild Kommunalwahl von matthias21





BV Westfalen-West

Unser **GOTV-Wochenende** war ein voller Erfolg! Gemeinsam haben wir unseren **#böhlermeister** in Ennepetal beim Wahlkampf unterstützt und gezeigt, was Teamarbeit bedeutet. Doch nicht nur dort mischen wir mit: Im ganzen Bezirk haben wir richtig starke Leute am Start! **Fünf JuLis** gehen als Spitzenkandidaten auf Listenplatz 1 in ihren Ortsverbänden ins Rennen - das ist ein starkes Zeichen für unsere kommunalpolitische Präsenz. Insgesamt stehen **12 JuLis** unter den Top 5 ihrer jeweiligen Ratslisten. Wir bringen nicht nur Inhalte, sondern auch Gesichter in die Räte und zeigen, dass liberale Jugendpolitik vor Ort Wirkung entfaltet. Im Bezirk liegt der Fokus aktuell voll auf der Kommunalwahl und alle packen gemeinsam an.

BV Aachen

Der Bezirksverband Aachen ist **der Überzeugung**: Die Zeit des Herumlavierens ist endgültig vorbei. Wenn der organisierte Liberalismus in Deutschland überleben soll, braucht es ein klares, liberales Angebot oberhalb der Wahrnehmbarkeitsgrenze. Da die neue FDP-Spitze entweder nicht willens oder nicht in der Lage ist, dieses Angebot zu liefern, kommt **den Jungen Liberalen** dort in den

kommenden Wochen eine besondere Verantwortung zu. Für uns ist klar: Ohne **Alexander** als Bundesvorsitzenden wird dieser Verband jede Hoffnung auf eine relevante Zukunft verschenken.

Abseits davon gilt unser Engagement den anstehenden **Kommunalwahlen**. Für eine erfolgreiche Bundestagswahl 2029 ist eine starke kommunale Verankerung, insbesondere in NRW, essenziell. Unser Ziel ist deswegen, in möglichst vielen Kreistagen und Stadträten wieder in Fraktionsstärke vertreten zu sein. Kämpfen wir gemeinsam für die Zukunft unserer Partei!

BV Ostwestfalen-Lippe

In letzter Zeit war bei den **JuLis OWL** einiges los. Auf unserem letzten Beko im Mai wurde ein neuer Vorstand um die neuen Vorsitzenden **Cedric** und **Jessica** gewählt. Auch unsere „**Freiheit Caps**“ gingen an den Start und sorgten für Aufmerksamkeit in der Öffentlichkeit. Ein besonderes Highlight war das programmierte **Wochenende auf Norderney**, das wir gemeinsam mit den anderen westfälischen Verbänden verbrachten. Neben intensiver inhaltlicher Arbeit stand dabei vor allem der Austausch und die Vernetzung im Mittelpunkt. Parallel dazu lief der **Kommunalwahlkampf** in

OWL auf Hochtouren, bei dem wir unsere JuLi-Kandidaten tatkräftig unterstützten. Dazu besuchten wir die Ausstellung im Gasometer Oberhausen mit **Max Baum**, die nicht nur ein starkes Gemeinschaftserlebnis war, sondern auch neue Impulse lieferte. Darüber hinaus brachten wir beim Bundeskongress mit dem Antrag „Mehr Milei zuhause – Enterprise Zones für Deutschland“ ein spannendes wirtschaftspolitisches Konzept in die bundesweite Debatte ein.

BV Niederrhein

Die Julis am Niederrhein waren in den vergangenen Wochen intensiv im **Kommunalwahlkampf** unterwegs: Viele unserer Mitglieder kandidierten auf aussichtsreichen Listenplätzen, führten Ortsverbände oder traten sogar als Spitzenkandidaten an. Damit haben wir gezeigt, dass junge Stimmen bereit sind Verantwortung vor Ort zu übernehmen. Ein besonderes Highlight war der landesweite **Aktionstag** der Julis NRW in Rheinberg, bei dem wir gemeinsam mit unserem Bürgermeisterkandidaten **Timo Schmitz** Präsenz zeigten und liberale Ideen stark gemacht haben. Mit diesem Engagement zeigen wir, dass wir auch innerhalb der FDP **Antreiber** des **Fortschritts** sind.



Geiseln der Feigheit: Deutschland nach dem 7. Oktober

Vom Heldenmut der Navy SEALS zur deutschen Kapitulation

Januar 2012. Nacht über Somalia. Zwei Dutzend Navy SEALS springen ins Dunkel, zwölf Meilen vor der Küste. Ihr Auftrag: die Befreiung von Jessica Buchanan, einer Amerikanerin, und ihrem dänischen Kollegen Poul Hagen Thisted. Beide wurden von somalischen Piraten verschleppt, beide schwer krank, beide dem Tod geweiht. Wenige Schüsse, die Entführer tot, die Gefangenen frei. Mission erfüllt. Punkt.

Doch Rettung aus Deutschland? Illusion. Kein Kommando, kein Plan, kein Wille. Berlin baut Mahnmale, nicht Einsatztruppen. Betet für Frieden, statt Leben zu retten. Während Amerika handelt, hält Deutschland Kerzen - und badet sich im warmen Licht moralischer Selbstgefälligkeit.

Bildnachweis: stock.adobe.com simple original blue star of david symbol, isolated, Israel flag star von wetzkaz

Millionen für die Mörder

Noch schlimmer: Wir blockieren Israels Selbstverteidigung. Wir hofieren Terrorstaaten, diffamieren Verbündete. Jede UN-Resolution gegen Israel, jede deutsche Enthaltung, jedes „Wir müssen beide Seiten sehen“ - Verrat im diplomatischen Kostüm.

Druck auf Hamas? Auf UNRWA? Auf Katar, Iran? Fehlanzeige. Stattdessen: Belehrungen an Jerusalem. „Waffenstillstand! Deeskalation!“ Als hinge das Schicksal der Geiseln von Israels Nachgiebigkeit ab - und nicht vom Willen der Mörder.

Und dann der blanke Zynismus: Über 200 Millionen Euro im Jahr für die UNRWA. Eine Organisation, die Terroristen bezahlt, Hass lehrt, und deren Gebäude als Gefängnisse für unsere Geiseln dienen. „Nur die dümmsten Kälber wählen ihre Metzger selbst.“ Wir aber finanzieren gleich den Schlachthof. Das ist keine Dummheit mehr. Das ist deutsche Staatskunst.

Und das gleiche verlangen wir natürlich auch von Israel: Strom und Wasser für jene, die seine Vernichtung fordern. Dass aus Wasserrohren Raketen werden, konnte ja wirklich niemand vorhersehen.

Die Hochkonjunktur der Heuchelei

Und die Politik? Scholz schwieg. Baerbock wundete sich. Merz duckt. Wadephul nickt. Gesichter austauschbar, Prinzip gleich: Haltung zeigen, nichts riskieren, ja nicht anecken.

Die Mehrheit der Deutschen will inzwischen Waffenlieferungen stoppen. Hamas-Propaganda frisst sich in Köpfe - befeuert von einem links-intellektuellen Milieu, das Israel zum Kolonisten erklärt, und einem rechten Untergrund, der noch immer vom „Finanzjudentum“ raunt. Zwei Extreme, vereint im selben Hass. Hufeisen geschlossen. Antisemitismus im Konsens.

Diese politische Feigheit hat Methode. Sie ist kein Versehen, kein Ausrutscher, sondern System. Seit Jahrzehnten setzt man auf den deutschen Reflex: reden, reden, reden. Diplomatie als Ersatz für Realität. Wer spricht, so die Illusion, verhindert Gewalt. Tatsächlich aber legitimiert er sie. Mit jedem Gespräch, mit jeder Enthaltung, mit jedem „Wir müssen alle Seiten hören“. So erklärt sich auch die bizarre Vorstellung, man könne Terrororganisationen „einbinden“. Die selbe Politik, die in Teheran auf vermeintliche „Reformer“ setzte und im Ergebnis nur härtere Revolutionsgarden bekam, wiederholt sich heute in Gaza. Deutschland behandelt Terror nicht als Bedrohung, sondern als Gesprächspartner. Und wundert sich, wenn Terroristen den Dolch aus der Tasche ziehen, sobald das Licht ausgeht.

Und währenddessen: sieben Deutsche, verschleppt, gefangen, vergessen. Sie vertrauten auf ihren Staat. Sie bekamen Kerzen, Gebete, Phrasen – und die nächste Überweisung an ihre Peiniger.

„Nie wieder“ – schon wieder

„Nie wieder ist jetzt“, heißt es. Doch was bedeutet das, wenn jüdische Studenten an Universitäten bedroht werden? Wenn Häuser in deutschen Städten mit Davidsternen markiert sind? Wenn Demonstranten offen zur Vernichtung Israels aufrufen – also zu einem neuen Holocaust?

Dann ist „Nie wieder“ nichts mehr als eine leere Hülse. Ein Ritual zum 27. Januar. Gedenken als moralische Selbstvergewisserung – ohne Konsequenz.

Erinnerungskultur ist zur Beruhigungspille geworden. Sie gibt uns das gute Gefühl, moralisch immun zu sein. Doch sie schützt keine jüdische Familie in Berlin. Sie verhindert keine antisemitische Hetzparole in Neukölln. Sie stoppt keinen Mob, der „From the river to the sea“ brüllt.

Wir haben aus der Shoah einen moralischen Besitzstand gemacht. Etwas, das man feierlich verwaltet. Aber Geschichte verpflichtet nicht zum Sprechen, sondern zum Handeln. „Nie wieder“ war nie als rituelle Formel gedacht, sondern als politische Maxime. Wer Israel schwächt und Hamas indirekt stärkt, bricht dieses Versprechen.

1200 ermordete Juden später zeigt

sich: Deutschland hat nichts verstanden. Die Mythen wechseln, der Hass bleibt. Früher: Ritualmorde. Heute: angeblich gezielte IDF-Angriffe auf Krankenhäuser. Früher: Weltverschwörung. Heute: „Apartheidstaat“. Und während arabische Ärzte, Richter, Abgeordnete längst Teil des israelischen Alltags sind, erzählen deutsche Talkshows das Märchen von Unterdrückung.

Das Schlachtfeld Europa

Darum bleibt nur eine Forderung: Schluss mit der Feigheit. Schluss mit der Lüge. Schluss mit dem Staatsversagen. Wir schulden es den Geiseln. Wir schulden es Israel. Wir schulden es uns selbst.

Denn diese Mythen sind tödlich. Sie machen Mörder zu „Widerstandskämpfern“. Sie erklären Vergewaltigung zum Gottesdienst. Sie feiern den Völkermord als Befreiung.

Dabei geht es nicht nur um Israel. Europa steht längst auf demselben Prüfstand. In Paris, Brüssel, London brennen dieselben Parolen. Europa hat sich eingerichtet in einem bequemen Antiimperialismus, der Israel zur Projektionsfläche erklärt. Aber wer Israel das Recht auf Selbstverteidigung abspricht, spricht es am Ende auch sich selbst ab.

Genau deshalb ist die deutsche Haltung so fatal. Wir geben nicht nur unser moralisches Fundament preis, wir schwächen auch Europa. Wenn die stärkste Demokratie im Nahen Osten fällt, entsteht ein Vakuum. Und das wird ge-

füllt – nicht von Friedensfreunden, sondern von Kräften, die unsere Werte verachten. Wer glaubt, die Flammen aus Gaza könnten Berlin oder Paris nicht erreichen, irrt. Die Anschläge von Madrid, London, Nizza hätten Warnung genug sein müssen.

Die Entscheidung

Noch können wir handeln. Noch können wir uns entscheiden, ob wir Komplizen der Lüge sein wollen oder Verteidiger der Wahrheit. Die Alternative ist klar: Entweder wir stehen an der Seite Israels – oder wir lassen zu, dass unser „Nie wieder“ endgültig zur Worthülse verkommt.

Es geht dabei nicht nur um Geiseln, nicht nur um Israel, sondern um uns selbst. Um die Glaubwürdigkeit unserer Demokratie, um die Wehrhaftigkeit unserer Werte, um die Zukunft Europas.

Ein Staat, der seine Bürger nicht schützt, seine Verbündeten verrät und seinen Feinden Geld überweist, verliert jedes Recht, sich moralisch zu inszenieren.

Darum ist die Frage so einfach wie existenziell: Wollen wir Kerzen anzünden – oder endlich handeln?



Claudius Rosenthal ist Medizinstudent und Kreisvorsitzender in Olpe. Ihr erreicht ihn unter: Claudius.rosenthal@web.de.



LIBERALE ILLUSION:

DER STÄRKERE SIEGT - UND DAS VÖLKERRECHT SCHWEIGT.

„Wer vieles wagt, ist bei den Menschen im Recht. Wer auf das meiste spucken kann, der ist ihr Gesetzgeber; und wer am meisten wagt, genießt die meisten Rechte. So war es bisher, und so wird es immer sein!“ - Mit diesem Satz, der Dostojewskis scharfsinnige Diagnose menschlicher Machtmechanismen zusammenfasst, könnte man das Grundmuster vieler internationaler Konflikte beschreiben. Auch der seit Jahrzehnten stattfindende Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern lässt sich unter dieser Perspektive betrachten. Nicht als moralische Wertung, sondern als Analyse der Beziehung zwischen Macht, Recht und Legitimation.

Völker- und Menschenrechtliche Dimension

Nach dem Völkerrecht, insbesondere der UN-Charta und der Genfer Konvention, steht die Anwendung von Gewalt unter strikten Beschränkungen. Das Selbstverteidigungsrecht (Art. 51 UN-Charta) ist anerkannt, ebenso das Verbot der Besatzung und der demographischen Veränderung besetzter Gebiete. Menschenrechtlich gelten die Verpflichtungen aus dem Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPbpR) und der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte. In der Realität zeigt sich jedoch, dass die Durchsetzung dieser Normen nicht allein vom Recht abhängt, sondern maßgeblich von der Macht, sie zu behaupten oder eben zu ignorieren. Israel besitzt nicht nur eine der stärksten Armeen der Region, sondern auch strategische Allianzen (insbesondere mit den USA) die in internationalen Foren wie dem UN-Sicherheitsrat politische Rückendeckung versuchen zu verschaffen. Palästinensische Rechtsansprüche, etwa auf staatliche Selbstbestimmung oder Schutz vor Vertreibung, sind völkerrechtlich fundiert, finden aber nur begrenzte praktische Durchsetzung.

Historische Deutung der Geschehnisse

Seit der Staatsgründung Israels 1948 hat sich die Dynamik des Konflikts wiederholt entlang der Linie Dostojewskis Beobachtung entfaltet: Wer es wagt, Fakten zu schaffen, sei es durch militärische Operationen, Siedlungsbau oder territoriale Kontrolle, erhält oft im Nachhinein eine Art faktische Anerkennung. Die Geschichte kennt vergleichbare Mechanismen: vom Westfälischen Frieden 1648, der gewaltsam errungene Besitzstände legitimierte, bis zur europäischen Kolonialpolitik, in der Eroberung und spätere rechtliche Anerkennung Hand in Hand gingen. Für das palästinensische Volk bedeutet dies, dass historische Rechtspositionen, die in internationalen Resolutionen (bspw. UN-Resolution 242) bekräftigt werden, zunehmend von der Realität vor Ort verdrängt werden. Unser russischer Autor und Philosoph hätte darin nicht nur einen moralischen Skandal gesehen, sondern vor allem einen Beleg dafür, dass das „Recht“ in der internationalen Politik oft nachträglich an die Verhältnisse der Macht angepasst wird.

Liberale Ideologie und wieso sie daran zerbricht

Liberal-demokratische Gesell-

schaften berufen sich auf universelle Menschenrechte. Die Verteidigung israelischer Politik führt daher zu ideologischen Spannungen. Das liberale Ideal verlangt gleiche Rechte, Selbstbestimmung und Rechtsstaatlichkeit für alle - unabhängig von Ethnie, Religion oder politischer Zugehörigkeit. Wird jedoch das Handeln Israels, insbesondere militärische Operationen mit hohen zivilen Opferzahlen oder die anhaltende Besatzungspolitik, uneingeschränkt verteidigt, geraten diese Grundprinzipien in einen Konflikt mit geopolitischen Loyalitäten. Hier offenbart sich der Bruch: Die gleiche politische Kultur, die völkerrechtswidrige Annexionen in anderen Weltregionen verurteilt, findet für vergleichbare Handlungen Israels oft mildernde Erklärungen oder rechtliche Sonderauslegungen. Dostojewski würde sagen: Derjenige, der es wagt und die nötige Macht hat, diktirt die Spielregeln - und selbst freiheitliche Gesellschaften neigen dazu, diesen Machtfakt anzuerkennen, selbst wenn er ihre eigenen normativen Grundlagen untergräbt. Das anfänglich erwähnte Zitat Dostojewskis ist demnach keine zynische Randbemerkung zur menschlichen Natur, sondern eine ernüchternde Beschreibung

politischer Wirklichkeit. Der Nahost-Konflikt zeigt, wie Recht in der internationalen Politik immer wieder den Mutigen und Mächtigen zugesprochen wird, und wie schwer es selbst für liberale Demokratien ist, diese Dynamik zu durchbrechen, ohne ihre eigenen Werte zu kompromittieren.

Terror rechtfertigt keine Kollektivstrafe

Der brutale Terrorangriff der Hamas auf die israelische Zivilbevölkerung, die Ermordung von Kindern, die Geiselnahmen - all das ist durch nichts zu entschuldigen! Darf das daher als Blankoscheck für eine Antwort dienen, die zehntausende zivile Opfer fordert? Wer hier einen fünfstelligen Blutzoll hinnimmt, argumentiert nicht liberal, sondern zynisch. Er ersetzt das Prinzip individueller Schuld durch eine Logik kollektiver Bestrafung. Wer das Handeln Israels mit dem Hinweis auf Hamas-Terror rechtfertigt, hat den Liberalismus nicht verstanden, sondern beerdigt.

Ist das jetzt antisemitisch?

Die Frage ob eine bestimmte Kritik, Forderung oder Haltung „antisemitisch“ ist, wird in Deutschland mit besonderer Schärfe gestellt. Das ist verständlich, denn kein anderes Land trägt eine so unmittelbare historische Verantwortung für das Leben und die Sicherheit jüdischer Menschen wie die Bundesrepublik. Der Staat hat die Pflicht, jüdisches Leben zu schützen - in Synagogen, auf Straßen und Plätzen, in Schulen und Universitäten. Doch die berechtigte Sorge um Antisemitismus darf nicht dazu führen, dass jede Position, die auf Rechtsstaat-

lichkeit und liberal-demokratische Prinzipien verweist, vorschnell als antisemitisch etikettiert wird. Liberalismus bedeutet, Macht durch Recht zu begrenzen. Geradezu grotesk ist der Versuch der israelischen Regierung, dem Internationalen Strafgerichtshof die Legitimität abzusprechen und ihn als antisemitisch zu diffamieren. Und das wirklich absurde: Teile der deutschen Politik klatschen dabei auch noch Beifall. Da wird in Berlin ernsthaft so getan, als sei der IStGH ein antisemitisches Komplott, nur weil er wagt, israelisches Handeln nach denselben Maßstäben zu prüfen wie jedes andere Kriegsverbrechen. Wer Recht nur gelten lässt, wenn es einem passt, verteidigt nicht Israel, sondern die Doppelmoral. Rechtsstaatlichkeit bedeutet, staatliches Handeln an Grundrechte und Gesetze zu binden. Wer diese Prinzipien verteidigt, tut das nicht gegen jüdisches Leben, sondern für eine Ordnung, in der Minderheiten, und gerade auch die jüdische Gemeinschaft, dauerhaft Schutz genießen. Antisemitisch ist es, wenn Juden pauschal verantwortlich gemacht werden und israelische Politik zur Projektionsfläche uralter Feindbilder wird. Nicht antisemitisch ist es dagegen, auf die Einhaltung von Völkerrecht und Menschenrechten zu bestehen, rechtsstaatliche Standards auch im internationalen Kontext einzufordern und liberale Werte hochzuhalten. Dass unser FDP-Bundesvorsitzender eine kompromisslose militärische Unterstützung Israels mit Hilfe von Waffenlieferungen für Notwendig sieht, wirkt da fast wie eine Bankrotterklärung liberaler Politik. Wer Liberalismus ernst

nimmt, muss nämlich zweierlei können: kompromisslos jüdisches Leben in Deutschland schützen und zugleich Kritik so formulieren, dass sie an Prinzipien gebunden ist und nicht an Herkunft, Religion oder Identität. In diesem Spannungsfeld entscheidet sich, ob wir die Lehren unserer Geschichte wirklich verstanden haben.

Was am Ende bleibt?

Am Ende bleibt die Ironie kaum zu übersehen: Ausgerechnet ein russischer Schriftsteller, ein Mann aus einem Land das selbst nicht gerade als Musterstaat für Rechtsstaatlichkeit oder Liberalismus gilt, liefert das treffendste Bild für einen Konflikt der sich zwischen Tel Aviv, Gaza und den Vereinten Nationen abspielt. Doch vielleicht liegt gerade darin die Wahrheit des Zitats. Denn Wahrheit kennt keine Herkunft und kein Hoheitszeichen. Sie bleibt bestehen - ob sie in St. Petersburg formuliert, in Jerusalem verhandelt oder in New York debattiert wird. Liberalismus bedeutet, die Wahrheit um ihrer selbst willen anzuerkennen, unabhängig davon, wer sie ausspricht oder aus welcher politischen Richtung sie kommt. Denn eine Wahrheit, die man an ihrer Herkunft relativiert, ist keine mehr.



Daniel-David Leis (22) studiert Jura im 5. Semester an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität Bonn. Er brennt für das Thema Internationale Strafgerichtsbarkeit und liberale Rechtsphilosophie. Ihr erreicht ihn unter: leis.daniell@gmail.com

Deutschlands Umgang mit der veränderten Weltordnung:

Lektionen aus Trumps Amerika

Über 300 Tage ist es nun her, dass das „Unmögliche“ eingetreten ist: Trumps Wiederwahl am 06. November 2024. Für unvoreingenommene Beobachter war dieser Ausgang zwar von vornherein nicht ausgeschlossen worden; für viele Deutsche, die die Wiederwahl Trumps gefürchtet haben, wirkte dies jedoch wie das Ende der Welt. Oder sagen wir es so: Zumindest für diejenigen von uns, die die Augen aus Angst vor dem Ende unserer Weltordnung verschlossen haben. Jetzt muss man sagen, dass die Wirklichkeit eine andere ist – und damit gehen Herausforderungen für Deutschland und Europa einher.

Vor Kurzem hieß es zum Beispiel noch, 2% des BIP für Verteidigung seien überzogen, und plötzlich zielt man auf 5%?! Als Liberale müssen wir uns demnach effektiv und zeitnah mit dieser Problematik auseinandersetzen und eine Strategie entwickeln, wie damit umzugehen ist – denn Donald Trump ist längst am Werk. Dieser Artikel soll als Ansatz gelten.



Bildnachweis: stock.adobe.com a black business suit jacket with white shirt and red tie, man neck and chest close up texture background with copy space. von Mose Schneider

Der orangefarbene Elefant im Raum

Am Wahltag ging es in den Pausen meiner damaligen Schule drunter und drüber. Der Alarmismus war vielleicht etwas übertrieben, bezog sich aber dennoch auf reale Ängste und Sorgen, wie wir mittlerweile feststellen mussten: Der MAGA-Geist zieht in die USA ein und unliebsame Oppositionelle (auch in der eigenen Partei, den Republikanern), Beamte und Staatsanwälte werden ruhiggestellt. Zu sehen zum Beispiel an den Pensionierungen und Entlassungen derjenigen, die an den Klagen und Prozessen gegen Trumps Wirkung im Sturm auf das Kapitol beteiligt waren.

Während die Medien und meine Mitschüler das Ergebnis noch beklagten und es aus der Politik noch keine allzu lauten Stimmen gab, nutzte Merz die Gunst der Stunde, Trump als einer der ersten zu gratulieren. Auch Lindner holte dies relativ schnell nach. Das Problem dabei: Wirklich gut auf die neue Situation vorbereitet waren nicht mal diejenigen, die die Realität schneller anerkannten als der Rest. Und das ist verständlich: Trump zeigt schnell wechselndes Verhalten, nicht zuletzt an seinem Umgang mit Musk zu erkennen. Was er an einem Tag vorschlägt, kann am nächsten schon irrelevant oder ins Gegenteil umgeschlagen sein. Besonders eindeutig wurde das auch in der „Raterei“ über Trumps Umgang mit der Ukraine; und auch dort sahen sich unterschiedliche Theorien zu unterschiedlichen Zeiten bestätigt.

Bei vielen, inklusive der FDP, fehlt bis heute eine ausgeklügelte Strategie zum Umgang mit Trump und den USA. Symbolpolitik dominiert; sei es bei den Verhandlungen der Zölle oder bei dem neuesten Gipfel mit weiteren europäischen Staatschefs und Zelensky im Weißen Haus über die Ukraine. Letztendlich bleibt es dabei: Deutschland versucht mitzumischen, erzielt aber keine bahnbrechenden Erfolge. Die neuen Zölle treffen die gesamte Wirtschaft und großartige Fortschritte hin zu einem befriedigenden Ende des Ukraine-Krieges gibt es nicht. Die FDP hat eine Zeitenwende verschlafen – und kann sie jetzt nur gewinnen, wenn sie sich neu definiert und proaktiv auftritt.

Sicherheitspolitik in einer unsicheren Zeit

Dass unsere bisherige Weltordnung mit den USA als *world police man* und westlicher Hegemon, der uns freundlich gesinnt ist, mittlerweile in Frage steht, ist allgemein angekommen. Es war vorher schon zu bemerken: Hohe Kosten für die USA, „Friedensdividende“ in Europa, Erstarken Chinas und Russlands, Fokus der USA auf innere strukturelle Probleme wie mit Migration oder dem Untergang des *American Dream*. Das stellt Europa vor ganz neue Herausforderungen: Plötzlich muss damit gerechnet werden, dass ein nicht vorhersehba-

rer und auf den eigenen Vorteil ausgelegter Trump der NATO im Ernstfall **nicht** mehr beistehen würde. Trumps Twitter-Realität hat die sicherheitspolitische „Realität“ deutscher Regierungen zerstören.

Es wurde auch vermutet, Trump könne die Ukraine fallen lassen; schließlich hatte er sich vor der Wahl oft kritisch gegenüber der Ukraine geäußert, angekündigt, den Krieg in 24 Stunden zu beenden und einige pro-russische Minister eingesetzt. Das Falllassen der Ukraine hat sich bisher nicht ganz bestätigt; bei Artikel 5 kann man nur spekulieren. So stellte Trump mehrfach die Beistandspflicht aus dem zentralen Artikel 5 der NATO in Frage oder brachte sogar einen NATO-Austritt ins Spiel, um Druck aufzubauen. Für Trump und sein Geschäftsmann-Image gilt gnadenlos: Fresen oder gefressen werden.

Gleichzeitig arbeitet Xi Jinping bei Treffen mit Indien, besonders aber mit Russland und Nordkorea an seiner Vision einer künftigen Weltordnung sowie der Wirtschaftsallianz „BRICS“; so zu sehen gerade aktuell auf der Siegesparade zum 80. Jahrestag des Kriegsendes gegen das imperiale Japan. Die Schwächung der westlichen Allianz „von innen“ durch Donald Trump kommt ihm dabei zugute: Die USA sorgen für interne Konflikte, schwächen die Partner selbstständig durch Zölle

und befördern den Glauben an das Recht des Stärkeren statt der Stärke des Rechts. Während Europa, insbesondere Deutschland, zu einer Schachfigur zwischen China und den USA wird, müssen wir lernen, damit umzugehen und das Blatt zu wenden: Wir können uns nicht mehr zuverlässig auf die USA verlassen, auch wenn wir uns das wünschen. Ohne ein starkes Europa, vorzugsweise deutscher Prägung, bleiben wir Zuschauer im Theater der Supermächte.

Wir müssen uns also insbesondere auf EU-interne Kooperation verlassen und diese ausbauen. Und, ganz besonders: Deutschland muss endlich wieder **streitbar** werden und eine führende Rolle in Europa einnehmen, wie es seine Verbündeten seit langer Zeit erwarten. Dazu gehört tatsächlich eine nachhaltige Erhöhung der Verteidigungsausgaben, jedoch nicht unter Trumps Bedingungen, und eine Führungsrolle bei gemeinsamen Projekten in NATO und EU-Rat – um einen Anfang zu wagen. Merz wagt zögerliche Ansätze, zukunftsgerichtete Liberale müssen ihn öffentlich in eine gewagtere Richtung schubsen. Der Diskurs muss offen, hart und ehrlich geführt werden. Trump mag unberechenbar sein: Unsere Planlosigkeit ist es auch. Und das ist gefährlicher. Wer Trump als Ausrede für ausbleibende Übernahme von Verantwortung nimmt, macht sich gleich doppelt lächerlich.

Europa 2030 unter Trumpismus

Fatalismus ist keine gute Art, auf die Zukunft zu blicken. Manchmal lohnen sich jedoch pessimistische Prognosen auf Grundlage realer Entwicklungen, um die Gefahren einer Situation zu erkennen. Wie könnte also ein Europa 2030 unter Trumps andauernden Einflüssen aussehen?

- Uneinigkeit durch Zoll- und Migrationsfragen
- Abhängigkeit von amerikanischen Gas- und Waffeneinkäufen
- Furcht und Wehrlosigkeit vor Diktaten aus dem Weißen Haus
- Ein wie auch immer gearteter Frieden in der Ukraine zur Befriedigung von Trump
- Schwächung der EU durch mangelnde Kooperation im Hinblick auf den Umgang mit der veränderten Weltlage und daraus entstehenden Konfliktpotentials

Klingt mies? Finde ich auch. So lange Tweets eines Amerikaners Europa stärker erschüttern und beeinflussen als die Aktionen all unserer Regierungschefs, Deutschland eingeschlossen, lässt sich jedoch erkennen, auf welchem Weg wir sein könnten. Die schwarz-rote KleiKo verzettelt sich mit innerdeutschem Klein-Klein, anstatt das Risiko aus den USA zu erkennen und zu „bekämpfen“. In seiner Ambivalenz lässt

Trump sich doch auf einige Kernaspekte reduzieren: Er will das Gefühl haben, zu gewinnen, und er will etwas, wodurch er sich in den Medien gut stellen kann. Und wir haben genug, was wir ihm anbieten können: Kapital, Güter, Wissen, Infrastruktur, Armeen. Europa braucht eigene Handlungsfähigkeit, um auf Augenhöhe mit Trump in der neuen Weltordnung vor dem Hintergrund des *art of the deal* zu verhandeln. Wir dürfen uns nicht als Aktienpaket verschnüren und von Supermächten unbeteiligt handeln lassen. Die JuLis müssen die sich refor-

mierende FDP drängen, endlich offensiver zu benennen, was es braucht – sonst ist der Traum eines einigen und von Deutschland mit geführten Europas auch weiterhin nur ein Traum und Inhalt von Artikeln wie diesem. Wir müssen mit dafür sorgen, dass Deutschland und Europa nicht wie aktuell auf Knien vor Trump rutschen, und dass wir ihm stattdessen aufrecht entgegentreten können.

Trump ist die Realität, nicht die Ausnahme

Zusammenfassend lässt sich klar festhalten: Deutschland muss reagieren. Wir Liberale können die Chance nutzen, einen eindeutigen Weg zu erkennen und zu begehen, statt darauf zu warten, dass die Regierung sich dazu herablässt. Aus unserer Situation, dem Ausscheiden aus dem Bundestag heraus, ergeben sich einige Chancen. Um den deutschen Freigeist zu stärken, müssen wir zu den Ersten gehören, die die

neue Weltordnung analysieren und damit einhergehende Risiken benennen. Und Chancen am Schopfe packen. Wir brauchen klare Prinzipien und nicht nur eine passive Reaktion – ein Spielball zu sein ist keine Herausforderung; eine aktuell unpopuläre Agenda voranzutreiben schon.



Maximilian Gerecht (17) ist frischer Abiturient des Gymnasium Thomaeum in Kempen. Er ist überzeugter Liberaler und als solcher Mitglied der FDP und der JuLis NRW. Zu seinen politischen Interessen gehört auch die deutsche und europäische Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik. Erreichen könnt ihr Max unter: max@flatmail.de

Vorstellung LAKs



Innen und Migration

Menschen, die das Vertrauen in die Politik verloren haben, gibt es auch hier in NRW – und die Gründe liegen auf der Hand.

Ein Beispiel: die Flutkatastrophe im Ahrtal. Chaotische Vorsorge, fehlende Koordinierung, unklare Zuständigkeiten und mangelnde Ausrüstung führten dazu, dass der Staat versagte. Statt schneller Hilfe wurden Betroffene mit Bürokratie überschüttet – viele warten bis heute auf Wiederaufbau.

Im Landesarbeitskreis Innenrecht & Migration der JuLis NRW gehen wir solche Missstände an. Unser Ziel: ein NRW, das funktioniert. Wir wollen Doppelstrukturen abbauen, eine digitale und transparente Verwaltung schaffen und Behörden in die Pflicht nehmen.

In der Migrationspolitik setzen wir auf Klarheit statt Chaos: Arbeitsmigration erleichtern, huma-

nitäre Hilfe sichern – aber mit Eigenverantwortung. Wer unsere Werte und Regeln anerkennt, soll unkompliziert Teil unserer Gesellschaft werden, wer das nicht tut, verliert Ansprüche.

Im Gesundheitswesen möchte wir eine schnelle und gute Versorgung: weniger Bürokratie, mehr Digitalisierung, Transparenz und Selbstbestimmung.

Wir finden, NRWs Drogenpolitik braucht Prävention, Therapieangebote und Safer-Use. Wir sind sicher, nur so gibt es sicheren, kontrollierbaren Konsum und eine Entlastung des Gesundheitssystems.

Diese Punkte sind erst der Anfang. Wenn dir eines der Themen wichtig ist, bring dich ein! Gemeinsam entwickeln wir Anträge für die Landeskongresse – der erste Schritt zur Veränderung. Bock, mitzuwirken? Dann komm in unsere WhatsApp-Gruppe und sei bei der nächsten digitalen Sitzung dabei! Scanne dafür einfach den QR-Code oder nutze den Link: https://chat.whatsapp.com/BCHYPMJITLOH3NLF6m491t?mode=ems_copy_c

Niklas oder **Ronya** melden sich dann bei dir. :)



Verkehr

Die Verkehrsinfrastruktur in NRW benötigt ein Update: Bahnverspätungen und Staus erreichen neue Höchststände, Düsseldorf ist bundesweite Lärm- und Stauhauptstadt und unsere Großstädte schneiden beim ADFC-Fahrrad-Ranking auffallend schlecht ab.

Der LAK möchte daher Debatten anstoßen, die über Technologieoffenheit hinausgehen. Eine Analyse der FDP-Kommunalwahlprogramme offenbart Uneinigkeit. Einerseits wird eine fahrrad- und fußgängerfreundliche Stadt gefordert, in der

ÖPNV endlich eine gleichwertige Alternative zum Auto darstellt (FDP Duisburg). Andererseits gibt es FDP-Verbände, die eine Verkehrswende pauschal als ideologisch ablehnen.

Die Niederlande und Dänemark haben erkannt, dass mehr Fuß- und Radverkehr sich positiv auf die lokale Wirtschaft, Gesundheitskosten, Verkehrssicherheit, Familienfreundlichkeit und Standortattraktivität auswirken. Marktwirtschaftliche Maßnahmen wie die Parkraumbewirtschaftung werden genutzt und die induzierte Nachfrage berücksichtigt. Dies ist kein Freiheitseingriff, sondern Schaffung maximaler Wahlfreiheit. Das Auto wird nicht verteufelt, es werden Subven-

tionen abgebaut und Externalitäten bepreist. Auch in Deutschland setzen drei bei jungen Menschen beliebte Städte auf mehr ÖPNV und Rad: Münster, Freiburg und Karlsruhe. Wie in Duisburg reicht der FDP in Münster das nicht: Sie fordert mehr und bessere Fahrradwege. So wie die FDP 1971 mit den Freiburger Thesen zum Vorreiter im Umweltschutz wurde, so sollten wir heute liebgewonnene Glaubenssätze überwinden: Weg von der Autopartei, hin zur Mobilitätspartei! Orientierung an der FDP Duisburg und Münster! Mehr Copenhagen wagen! Ihr erreicht **Florian**, **Luca** und **Amon** unter **lak.verkehr@julis-nrw.de**.



Wirtschaft und Finanzen

Hallo zusammen,
mein Name ist Rayan Boutekhchachete, ich bin 18 Jahre alt und neuer Leiter des Landesarbeitskreises (LAK) Wirtschaft & Finanzen der Jungen Liberalen NRW. Unser Ziel ist es, liberale Antworten auf die großen wirtschafts- und finanzpolitischen Fragen unserer Zeit zu entwickeln – mit Blick auf die Zukunft unseres Landes.

Zum Landeskongress in Mönchengladbach stellen wir unseren ersten Antrag: „Staatsdiät für NRW – Regierung halbieren, NRW entfesseln.“ Damit wollen wir die aufgeblähte Verwaltungsstruktur unseres Landes verschlanken. Statt zwölf Ministerien, zahlreichen Staatssekretären und unzähligen Beauftragten fordern wir einen

klaren, effizienten Staat: sechs Ministerien, jeweils nur ein Staatssekretär, die Abschaffung überflüssiger Landesbeauftragter sowie eine Reform der Staatskanzlei. Ergänzt wird das durch die Einführung des Zero-Based Budgeting, das den Landshaushalt jedes Jahr von Grund auf neu denkt. NRW soll endlich wieder effizient, transparent und zukunftsorientiert regiert werden.

Perspektivisch wollen wir als LAK Wirtschaft & Finanzen noch weiterdenken: Für den kommenden Landeskongress im Frühjahr planen wir einen Antrag zur Demokratisierung von Venture Capital, Private Equity und Anleihen. Zudem wollen wir uns alle zwei Monate treffen, um Ideen auszutauschen und langfristig auch Anträge mit Relevanz für die Landtagswahl 2027 zu erarbeiten.

Wenn ihr Lust habt, mitzuwirken oder Fragen habt, meldet euch gerne jederzeit per Mail an **lak.wirtschaft@julis-nrw.de**

Widersprüche liberaler Außenpolitik



„Deutschland steht auf der Seite des Völkerrechts“, „Demokratie und Menschenrechte weltweit“, „wertegeleitete Außenpolitik“ oder eben „interessengeleitete Außenpolitik“ - in kaum einem anderen Politikfeld als der Außenpolitik überschlagen sich Politiker aller Parteien der demokratischen Mitte mit so ähnlichen und so schön klingenden Begriffen für Konzepte, Ziele und Prinzipien. Vieles davon widerspricht sich, wenn man genauer hinschaut und oft genug scheuen sich Akteure diese Abwägungen und Widersprüche zu benennen und Entscheidungen hieran zu erklären. Dieser Artikel soll daher ein Denkanstoß sein, sich mutiger und klarer mit außenpolitischen Realitäten zu beschäftigen, als das bislang teils der Fall ist. Denn eines ist klar: Außenpolitik ist in diesen Zeiten vermutlich so wichtig, wie noch nie zuvor und muss oberste Priorität jeder Bundesregierung sein. Doch wie genau soll diese aussehen? Zeit für eine Auseinandersetzung aus liberaler Sicht.

Das Völkerrecht und die Demokratie

Zu den scheinbar unumstößlichen Prämissen deutscher Außenpolitik gehört ein Bekenntnis zum Völkerrecht gerne in Verbindung mit der Forderung nach einer „regelbasierten internationalen Ordnung“. Dahinter steckt im Kern die Idee, den zivilisatorischen Fortschritt, den das Prinzip der Rechtsstaatlichkeit den modernen westlichen Demokratien auf nationaler Ebene unbestreitbar gebracht hat, auf die internationale Ebene zu übertragen. Internationale Verträge und Gerichte sowie global geltende Regeln sollen Frieden, Demokratie und Freiheit absichern, so die Idee. Dabei wird jedoch oft übersehen, dass eine solche Entwicklung von einer ganz anderen Ausgangsposition ausgehen würde, als es historisch bei der Entstehung von Rechtsstaatlichkeit war. Dessen historische Leistung ist es, den Staat als obere Instanz in seiner Übermacht, Unberechenbarkeit und zuweilen auch Willkür zu zähmen, ihn an seine eigenen Regeln zu binden und ein von Rechtssicherheit geprägtes Umfeld zu schaffen, in dem Menschen angstfrei und sicher leben kön-

nen. Auf internationaler Ebene ist jedoch nicht die Übermacht einer oberen Instanz die Herausforderung, sondern das Fehlen einer solchen. Verurteilt mich das Amtsgericht zur Zahlung von 5.000€ an meinen Nachbarn, klingelt der Gerichtsvollzieher an meiner Tür, aber der Internationale Gerichtshof hat keine Macht Russland davon abzuhalten, den Krieg in der Ukraine weiterzuführen (auch wenn er geurteilt hat, dass Russland den Krieg einstellen muss). Eine Weltregierung mit der Macht, unmittelbaren Zwang gegen souveräne Staaten auszuüben, wäre auch so missbrauchsgefährlich, dass sie jedem Liberalen als Dystopie erscheinen muss. Die Sehnsucht danach internationale Konflikte über Verträge zu lösen, deren Einhaltung von Gerichten kontrolliert werden, entspricht darüber hinaus auch einer sehr deutschen Sehnsucht nach Verrechtlichung von politischen Prozessen, ist aber unrealistisch. Wir müssen uns damit auseinandersetzen, dass über Krieg und Frieden weiterhin politische Faktoren entscheiden, wo die reale Macht einzelner Staaten die zentrale Rolle spielt, was zwangsläufig zu ungerechten Ergebnissen führen kann. Die beste-

henden Regelungen des Völkerrechts müssen dabei auch kritisch hinterfragt werden. Einer seiner wichtigsten Grundsätze ist das allgemeine Gewaltanwendungsverbot. Dieses verbietet Eingriffe in die territoriale Integrität oder politische Unabhängigkeit eines UN-Mitgliedsstaates und erklärt damit den status quo an bestehenden Staaten zum Rechtsprinzip. Dabei muss jedoch die Frage gestellt werden, worin sich die Legitimität der Existenz von Staaten begründet. In demokratischen Staaten entsteht diese Legitimität, durch den in Wahlen ausgedrückten Willen des Volkes, dass die gewählte Regierung über seine Geschicke bestimmen soll. Der Wahlakt verschafft der Regierung damit das moralische Recht jede fremde Kraft von der Ausübung von Macht über das Volk und das Staatsgebiet fernzuhalten. Diktatoren hingegen sind moralisch mit Geiselnehmern zu vergleichen. Sie nutzen die Macht des Faktischen, um Menschen ohne deren Willen einzuschränken, ohne dass es hierfür irgendeine legitimatorische Grundlage gibt. Indem das Gewaltverbot diese Staaten genauso schützt, wie Demokratien, stellt es den Wert von be-

stehenden Staaten über den des Individuums, welches einer (ggf. illegitimen) Staatsgewalt unterworfen ist und erweist sich bei genauerem Hinsehen damit als antiliberal. Gerade wir politisch Engagierte wissen, was für ein großartiges Gefühl es ist, in einer Demokratie zu leben und sich für das Gemeinwesen einzusetzen. Ein wesentliches Ziel moralischer Außenpolitik muss es sein, genau das möglichst vielen Menschen zu ermöglichen, anstatt bestehende Machtstrukturen um ihrer selbst willen zu verteidigen. Damit plädiere ich nicht dafür wild Diktaturen militärisch anzugreifen. Selbstverständlich können solche Angriffe, insbesondere aufgrund ihrer Wirkung auf die Zivilbevölkerung, illegitim sein; sie sind es aber nicht aufgrund einer (nicht bestehenden) Existenzberechtigung derartiger Regierungen.

Zusammengefasst: Demokratische Staaten müssen militärisch, politisch und wirtschaftlich so stark sein, wie es geht um in einer von Machtpolitik geprägten Staatenordnung so dominant zu sein wie es geht. Internationale Verträge und Organisationen wie die UN haben ihre Existenzberechtigung, aber man darf sie nicht überschätzen. Dient eine Intervention der Verbreitung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit und sind die dadurch angerichteten Schäden verhältnismäßig, ist sie unabhängig völkerrechtlicher Normen legitim.

Demokratie und Interessen

Doch wie moralisch soll Außenpolitik überhaupt sein? Zunächst ist es eine Mär zu glauben demokratiefördernde Entwicklungen in

anderen Staaten seien grundsätzlich im deutschen Interesse. Der Erhalt uns wohlgesinnter Regime können, wenn er z. B. Absatzmärkte eröffnet oder zur politischen Stabilisierung einer Region beiträgt, durchaus im politischen bzw. wirtschaftlichen Interesse der Bundesrepublik liegen. Diese Wahrheit, nicht auszusprechen, gehört zu der von mir beklagten Unehrllichkeit im außenpolitischen Diskurs und dient in der Regel dazu, sich der daraus folgenden Debatte zu entziehen.

Zunächst gilt: Der Sturz demokratisch legitimierter Regierungen, die selber sich friedlich verhalten, aus Egoismus ist unter allen Umständen politisch illegitim und zu verurteilen. Dabei sollte man so ehrlich sein, dies auch klar zu benennen, wenn es von mit uns befreundeten Staaten ausgeht. Der maßgeblich durch den hierzulande unreflektiert gefeierten Ex-US-Außenminister Henry Kissinger zu verantwortende Austausch des demokratisch gewählten chilenischen Präsidenten Allende durch eine Militärdiktatur (die dann auch von deutschen Politikern mit Wohlwollen betrachtet wurde) ist ein dunkles Kapitel westlicher Geschichte. Anders sieht es aus wenn es lediglich darum geht mit bereits bestehenden Diktaturen zusammenzuarbeiten. Dies ist, wenn es unserer äußeren Sicherheit, dem Erreichen von Frieden oder anderen humanitären Interessen dient, nicht nur möglich, sondern unter Umständen dringend geboten. Eine Stabilisierung diktatorischer Regime darf dabei nie das Ziel sein, muss aber ggf. als Nebenwirkung in Kauf genommen werden. Auch muss



Bildnachweis: stock.adobe.com 2 Personen reichen sich die Hand von Mathias Richter

man leider anerkennen, dass es auch zur Verteidigung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands z. B. zur Gewinnung bestimmter Rohstoffe oder zur Eröffnung von Absatzmärkten realpolitisch notwendig ist die Zusammenarbeit mit bestehenden Diktaturen zu suchen. Dient eine solche Zusammenarbeit egoistischen Zielen besteht aber eine ganz besonders starke Verantwortung, die aus ihr entstehende Verhandlungsmacht zum Einfordern demokratischer und rechtsstaatlicher Fortschritte zu nutzen. Diese moralische Verantwortung trifft neben der Politik auch die daraus Gewinn ziehenden Unternehmen und wird gerade von diesen oft in geradezu beschämender Weise vergessen.

Außenpolitik ist komplex und von moralisch wie politisch hoch-schwierigen Abwägungen begleitet. Wir sollten diese Dilemmata offener benennen und diskutieren, anstatt uns hinter Floskeln zu verstecken.



Niklas Geppert (23) ist Kreisvorsitzender der Julis Rhein-Kreis Neuss und studiert Jura. Ihr erreicht ihn unter: niklas.geppert@julis.de

China: Aufstieg, Strategie und die sicherheitspoliti- sche Herausfor- derung

Mit Blick auf China hat sich Deutschland in den letzten beiden Jahrzehnten großen Illusionen hingegeben. Wir glaubten, wirtschaftliche Verflechtung sei gleichbedeutend mit Sicherheit.

Wir hofften, China würde durch Handel automatisch freier, demokratischer und friedlicher werden. Und wir vertrauten darauf, dass die Vereinigten Staaten unsere Interessen schon mitvertreten würden. All das war ein Irrtum.

Das aufstrebende, autoritäre China ist zur größten sicherheitspolitischen Herausforderung für die westliche Welt geworden. Die USA unter Präsident Trump verfolgen kompromisslos ihre Eigeninteressen. Russland führt weiterhin Krieg gegen die Ukraine. Iran und Nordkorea destabilisieren ihre Regionen. Auch Indien zeigt wachsende Distanz zum Westen. Europa droht, zwischen diesen Kräften zerrieben zu werden.

Der Aufstieg Chinas

Die Entwicklung Chinas seit den 1970er Jahren ist historisch einzigartig. Aus einem von Armut und politischem Chaos geprägten Land wurde binnen weniger Jahrzehnte die zweitgrößte Volkswirtschaft der Welt. Hunderte Millionen Menschen entkamen der Armut. China wurde zur „Werkbank der Welt“ und stieg in Schlüsseltechnologien auf.

Bemerkenswert ist, wie dieser enorme Aufstieg trotz des Widerspruchs zum Parteinamen möglich wurde:

Die Kommunistische Partei steuert das Land autoritär, während gleichzeitig eine Form des Turbokapitalismus in Wirtschaft und Handel gefördert wird. Diese Kombination aus strenger Kontrolle und marktwirtschaftlicher Dynamik hat Chinas Wirtschaftsexplosion erst ermöglicht.

Auch 2025 wächst die chinesische Wirtschaft – mit rund fünf Prozent schneller, als wir es uns in Europa im Moment vorstellen können. Doch für ein Land, das jahrzehntelang zweistellige Wachstumsraten gewohnt war, markiert dies einen tiefen Einschnitt. Strukturelle Probleme treten offen zutage: eine rapide alternde Gesellschaft, eine wachsende Jugendarbeitslosigkeit, eine geplatzte Immobilienblase. Hinzu kommen steigende Zölle auf chinesische Exporte, z. B. in die USA, die EU oder in die Türkei.

Diese Entwicklung ist kein Grund zur Beruhigung, sondern erhöht den Druck auf die chinesische Führung. Und ein autoritäres Regime unter wachsendem Druck neigt nicht selten dazu, nach außen besonders hart aufzutreten, um innenpolitisch Legitimität zu behaupten.

System und Strategie Chinas

Denn China ist keine Demokratie. Es ist ein Einparteiensaat, der auf der Diktatur der Kommunistischen Partei beruht. Polizei und Geheimdienste wirken nicht nur im eigenen Land, sondern inzwischen auch verdeckt im Ausland. Auch in Deutschland wurden chinesische Polizeistrukturen aufgedeckt – ein direkter Angriff auf unsere Souveränität.

Außenpolitisch verfolgt China eine langfristige Strategie: Es will nicht nur Teil der internationalen Ordnung sein, sondern eine gegen die westliche Welt gerichtete Ordnung etablieren. Im Rahmen dieser Bemühungen hat China massiv aufgerüstet – wirtschaftlich, technologisch und militärisch – und versucht, seine globalen Einflussbereiche zu sichern. Russland, Iran und Nordkorea sind dafür willkommene Partner. Selbst Indien zeigt zunehmend Bereitschaft daran mitzuwirken.

Dabei liegt das größte Eskalationspotenzial im Südchinesischen Meer. Hier erhebt China territoriale Ansprüche gegen seine Nachbarn, bedroht Taiwan offen und konfrontiert Japan und Südkorea. Ein militärischer Konflikt zwischen den USA und China ist jederzeit denkbar – mit unabsehbaren Folgen für die Weltwirtschaft und die globale Sicherheit.

Deutsche Chinapolitik: Vom Pragmatismus zur Naivität

Die deutsche Politik gegenüber China war ursprünglich von Pragmatismus geprägt. In den 1970er Jahren war es richtig, den Dialog zu eröffnen, Handel zu fördern und Austausch zu ermöglichen. Doch in den letzten zwanzig Jahren verwandelte sich der Pragmatismus zunehmend in Naivität.

Deutschland hat China nicht nur als Absatzmarkt genutzt, sondern Abhängigkeiten zugelassen, die offensichtlich Teil größerer, militärstrategischer Überlegungen sind. So stammen fast 90 Prozent unserer Wirkstoff-Vorprodukte für Antibiotika aus China. Würde Peking diese Lieferungen einschränken, stünden deutsche Krankenhäuser binnen Wochen vor massiven Versorgungsgängen. Ein großer Teil unserer Industrie, darunter sogar unsere Rüstungsindustrie, ist von chinesischen seltenen Erden abhängig. Ohne Lieferungen aus China stünde also hierzulande vieles still.

Hinzu kam eine fatale Illusion: Der Glaube, dass wirtschaftlicher Austausch automatisch politische Liberalisierung bringen würde.

Diese Hoffnung hat sich nicht erfüllt. China ist heute wirtschaftlich stark, politisch autoritär und außenpolitisch aggressiv. Deutschland hat diese Entwicklung verschlafen.

Die Fehler deutscher und europäischer Außenpolitik

Die Fehler sind offensichtlich: Wir haben wirtschaftliche Abhängigkeit als Stabilität missverstanden. Wir haben Außenpolitik moralisiert, statt nüchtern unsere Interessen zu vertreten. Und wir haben uns darauf verlassen, dass die Vereinigten Staaten unsere Interessen mitdenken würden. Die Folge: Deutschland ist erpressbar, Europa reaktiv und die Handlungsfähigkeit ist extrem begrenzt.

Neue Wege in der neuen Weltordnung

Es ist höchste Zeit aufzuwachen – und Außenpolitik nicht länger als Bühne für moralische Inszenierungen zu begreifen, sondern als die Kunst, mit den Realitäten der Welt angemessen umzugehen und unsere Interessen nüchtern und wirksam zu vertreten. Deutschland und Europa müssen ihre strategische Autonomie zurückgewinnen. Das heißt: Lieferketten diversifizieren, eigene Produktionskapazitäten für kritische Güter aufbauen, Abhängigkeiten von China reduzieren. Langfristig muss Europa zu einem eigenständigen Akteur werden – loyal zum Westen, aber nicht abhängig von Washington. Nur ein starkes Europa kann sich zwischen den Machtblöcken behaupten.

Gleichzeitig müssen wir den Dialog mit China fortsetzen — respektvoll, aber unbeirrbar. Kooperation ist notwendig, darf aber nicht mit Erpressung verwechselt werden.

Gerade wir Liberalen tragen hier besondere Verantwortung. Freiheit ist nur möglich, wenn ein Staat handlungsfähig bleibt. Märkte allein schaffen keine Sicherheit — politische Absicherung ist unerlässlich.

Deshalb müssen wir dafür sorgen, dass die außenpolitische Debatte in Deutschland zurückkehrt zur Realität. Wir müssen nüchtern analysieren, klar benennen und entschlossen handeln. Deutschland darf sich nicht länger in Illusionen verlieren.

Europa darf nicht wie Don Quijote gegen Windmühlen kämpfen – laut belehrend und mit heldenhafter Illusion, aber ohne realistische Chancen. Wir müssen erkennen, wo die wirklichen Herausforderungen liegen, strategisch handeln und unsere Interessen wirksam vertreten. Nur so kann Europa handlungsfähig bleiben und seinen Platz in einer Weltordnung behaupten, die zunehmend von Machtpolitik geprägt ist.



Kilian Küster (15) ist Schüler auf einem Gymnasium in Bonn. Ihr erreicht ihn unter:
kuester09@freenet.de



Liebe JuLis,

Die Europäische Union sieht sich aktuell mit den größten Herausforderungen seit ihrer Gründung konfrontiert. Unsere wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit schwindet, unsere Verteidigungsfähigkeit steht infrage, und autokratische Staaten gewinnen immer mehr Einfluss.

Während China massiv in künstliche Intelligenz und weitere Zukunftstechnologien investiert, um zur digitalen Supermacht aufzusteigen, die USA mit Protektionismus und knallharter Wirtschaftspolitik versuchen, den globalen Wettbewerb zu dominieren, und Russland weiterhin die Ukraine attackiert und damit die Stabilität unseres Kontinents bedroht, blockiert sich die Europäische Union selbst durch übermäßige Bürokratie und ineffiziente Regelungen.

Dabei ist es höchste Zeit, in den Wettstreit um die Zukunft der globalen Ordnung einzusteigen und Antworten auf die drängendsten Fragen unserer Zeit zu finden. Europa braucht dringend einen Kurswechsel.

Die Europäische Union darf nicht länger für lahme Kompromisse und Stagnation stehen – sie muss wieder ein Synonym für wirtschaftlichen Aufschwung und Fortschritt werden. Doch genau hier liegt das Problem: Viele Bürgerinnen und Bürger fühlen sich von der europäischen Politik nicht wahrgenommen. Zu lange drehten sich die Debatten um neue Regulierungen und Verbote, während Wachstum und Wohlstand in den Hintergrund rückten.

Doch das wollen wir ändern. Europäische Politik darf nicht als fern, kompliziert und undurchsichtig wahrgenommen werden. Es ist an der Zeit, Europa wieder greifbar zu machen.

Genau dafür gibt es unseren Podcast „MASZ & Moritz“ – weil Europa verständlich, transparent und relevant sein muss. Zu oft bleibt europäische Politik abstrakt und wirkt wie ein bürokratisches Konstrukt, das mit dem Alltag der Menschen wenig zu tun hat. Dabei bestimmen die Entscheidungen, die in Brüssel getroffen werden, unseren Alltag: Sie beeinflussen unsere Wirtschaft, unsere Sicherheit und unsere Zukunft. Hier bringt unser Podcast Klarheit.

Gemeinsam mit Marie-Agnes Strack-Zimmermann bringen wir euch die zentralen Debatten aus Brüssel näher – ohne Filter, ohne Floskeln, aber mit einer Prise Humor. Wir zeigen, welche Machtkämpfe wirklich hinter den Kulissen laufen, wer die Fäden zieht und warum Europa dringend aufhören muss, naiv zu sein. Wir sprechen Klartext darüber, was Europa wirklich braucht, damit es auch in Zukunft seinen Einfluss global geltend macht. Denn dafür reicht es nicht, Regeln zu verwalten und Verbote auszusprechen – wir müssen Politik an der Realität ausrichten und strategisch handeln.

Jetzt den QR-Code scannen und reinhören!
<https://www.fdp.de/maszundmoritz>

Viele Grüße,

Ihr Moritz Körner MdEP





Souveränität heißt Verantwortung: EIN PLÄDOYER FÜR PROAKTIVE AUSSENPOLITIK

Manchmal wirkt sie wie ein fernes Schachspiel oder ein Actionfilm auf globalen Brettern, doch früher oder später wird man in seiner Realität überrumpelt. Wer nicht schachmatt gesetzt werden möchte, muss vorbereitet sein. Staaten wirken souverän, aber sind sie vorbereitet? Konsequenzen gibt es immer; wirtschaftlich, humanitär, militärisch. Außenpolitik ist nie kostenlos.

Beispiele liegen auf der Hand. Zwanzig Jahre Afghanistan, Milliardenkosten, ein chaotisches Ende und Millionen Menschen, die ihre Heimat verlassen. In Syrien befeuerten ausländische Mächte einen Bürgerkrieg, der die größte Fluchtbewegung seit Jahrzehnten auslöste. Seit 2015 wird wieder akut spürbar, dass Innen- und Außenpolitik untrennbar miteinander verbunden sind. Wer Bomben exportiert, sollte sich nicht über Flüchtlingsströme wundern. Glaubwürdig ist, wer die Konsequenzen des eigenen Handelns trägt und sich darauf vorbereitet hat. Daran hat es Deutschland in den letzten Jahrzehnten gefehlt.

WANDEL DURCH HANDEL

Außenpolitik soll nicht destruktiv sein: Hierfür ist das unter Liberalen oft belächelte Entwicklungsmünisterium verantwortlich. Investitionen in Bildung, Jobs und Perspektiven in Afrika zeigen, dass man Krisen vorbeugen kann. Wer jungen Menschen Chancen gibt, verhindert Instabilität und gewinnt Partner statt Krisenherde. Entwicklung, Austausch und Zusammenarbeit zahlen sich oft mehr aus als militärische Inter-

vention, die oftmals als notwendig verstanden wurde.

AUTOKRATEN IM VORTEIL?

Ein weiteres Problem lähmst westliche Demokratien: ihre Kurzfristigkeit. Alle paar Jahre wechseln Regierungen ihre Linie. Standen wir unter Schröder für eine Sache, unter Merkel für die andere, so dreht die Ampel und nun wieder die nächsten Kräfte am Ruder. Außenpolitik braucht Verlässlichkeit. Wir lernen nicht nur an der Börse: Stabilität zieht Vertrauen an, Volatilität verjagt es. In Afrika vergibt die Volksrepublik China Kredite mit der Gießkanne und kauft sich so Partner im globalen Süden, während in Deutschland über Radwege in Peru gestritten wird. Die USA zogen sich unter Trump aus Syrien zurück, und binnen 48 Stunden füllte Russland das Vakuum. Das Assad-Regime überlebte, Flüchtlinge strömten weiter. Erst als Russland im Winter '24 zu geschwächt war, wurde Assad gestürzt. Auch in der Sahelzone sind wir im Begriff, unseren Einfluss zu verspielen, während Autokratien stärker werden. In der Ukraine hat der Westen kollektiv versagt, und wir haben wieder einen Krieg vor der Haustür. Wer zu spät handelt, zahlt am Ende den höheren Preis.

PRÄZISION STATT KETTENSÄGE

Folglich sollten wir vorsichtig sein, nicht in den Trend der Verwüstung zu verfallen: Kosten-Nutzen müssen wir fortlaufend neu bestimmen. Auch wenn ein Abzug aus Afghanistan gut gewesen sein kann, heißt es nicht, dass dies auf andere Situationen zu-

trifft. Der Rückzug aus Mali ist hierbei zu bedauern. Der mediale und militärische Fokus zurzeit auf Osteuropa bedeutet nicht, dass andere Krisenherde nicht relevant sind: Der Nahe Osten hat z. B. durch wichtige Handelsrouten hohe Relevanz. Auf globaler Ebene muss man die eigenen Prinzipien konsequent vertreten. Denn wer zuerst blinzelt, verliert. China und Russland haben den systemischen Wettbewerb längst begriffen, und dadurch können auch ferne Regionen großen Einfluss haben. Im internationalen Gefüge gibt es sehr selten einfache Antworten.

FAZIT

Die Wahrheit ist simpel wie unbehaglich: Außenpolitik ohne Folgen gibt es nicht. Nichtstun ist keine Option, sondern eine verpasste Chance. Verantwortung übernehmen heißt, Prävention ernst zu nehmen; moralisch wie pragmatisch. Wer innenpolitisch Stabilität will, muss außenpolitisch souverän und vorausschauend handeln. Alles andere ist fahrlässig.



Moritz Löchte (21), studiert Forstwissenschaft an der Universität Göttingen und ist dort Vorsitzender der Liberalen Hochschulgruppe. Seine Herzensthemen sind Umwelt- und Außenpolitik. Ihr erreicht ihn unter: moritz.loechte@icloud.com

Leon Dreinhöfer (25), ausgebildeter Bankkaufmann und studierter BWLer, arbeitet in der Logistik. Für Fakten und gegen Sturheit, nicht nur an den Rändern. Herzensthemen sind wechselnd.

Ihr erreicht ihn unter:

leondreinhoefer@julis.de



APPELL AN DIE FREIHEIT

Die Demokratie ist ein hohes Gut.
Doch wie schützen wir sie,
Wenn es sonst keiner tut?

Nutze deine Stimme,
Geh wähl'n und auf Proteste.
Ist deine Stimme weg,
Bleibt uns nur noch Hass und Hetze.

Such dir ein Ziel,
Sei unterwegs und geh auf Reisen.
Denn so, wie sie ist,
Kann unsere Welt nicht bleiben.

Carpe diem, nutze den Tag.
Bereise auch Orte, die sonst keiner mag.
Berlin, Brüssel, D.C und Den Haag,
Dort kämpfen die Menschen auch nach deiner Wahl.

Freiheit und Frieden sind in Gefahr,
Kostbar für das Leben,
Das ist uns allen klar.

Drum setz deinen Fuß in fremden Sand.
Denn nur wer reist,
Versteht sein Land.

Unsere Freiheit stirbt, wenn wir sie
vergessen.
Sie ist ein Geschenk
Und kein Versprechen.

* * *



Emily Weigel studiert Politikwissenschaften und Rechtswissenschaften an der Uni Bielefeld. Sie engagiert sich zudem bei den JuLis und der FDP vor Ort. Ihr erreicht sie unter: emily.weigel2705@gmail.com

Bildnachweis: stock.adobe.com Tbilisi, Georgia: May 2024 year The rally on Rustaveli Avenue, the slogan of the rally is not against the Russian law von Maiko

Diplomatische Sackgassen und Europas Rolle

Die letzten Wochen haben gezeigt, wie schwerfällig und widersprüchlich die Bemühungen um ein Ende des Krieges in der Ukraine sind. Der viel beachtete Alaska-Gipfel zwischen Donald Trump und Wladimir Putin endete ohne greifbares Ergebnis: keine Roadmap, kein Waffenstillstand; Trump schenkt Putin die Rückkehr auf die internationale Bühne und damit einen diplomatischen Erfolg, ohne konkrete Zugeständnisse erlangt zu haben. Wenige Tage später reiste Wolodymyr Selenskyj nach Washington, begleitet von Ursula von der Leyen, Friedrich Merz und weiteren europäischen Spitzenpolitikern. Das gemeinsame Auftreten Europas sollte verhindern, dass über die Köpfe der Ukrainer hinweg verhandelt wird. Zwar drohte Trump im Anschluss mit neuen Sanktionen gegen Moskau und weiteren Sekundarzöllen etwa gegen Indien – das zu einem der größten

Ordnung im Umbruch:

Warum der Russland-Ukraine-Krieg mehr ist als ein regionaler Konflikt

SPECIAL

ARTIKEL



Abnehmer russischen Öls geworden ist – doch bleibt unklar, ob er diese tatsächlich umsetzen wird.

Die letzten Wochen betten sich damit in ein größeres Bild ein: Nur noch Europa verteidigt aktiv die regelbasierte internationale Ordnung. Die USA unter Donald Trump lassen sich für diese Ordnung schon lange nicht mehr begeistern – es sei denn, es springt kurzfristig ein innenpolitischer oder wirtschaftlicher Vorteil heraus. Wo Washington einst als Garant von Stabilität galt, zeigt es sich nun wechselhaft und eigen-nützigg. Für Europa bedeutet das eine doppelte Herausforderung: Es muss die Ukraine unterstützen und zugleich selbstbewusster in die Rolle des Ordnungswächters hineinwachsen, ohne sich auf eine berechenbare US-Führung verlassen zu können.

Chinas strategische Vorteile

Auf der anderen Seite werden die Herausforderer der westlichen Ordnung stärker: Mit dem jüngsten Gipfel der Shanghai Cooperation Organization (SCO) in Tianjin hat China gemeinsam mit Russland und weiteren Partnern demonstriert, dass es eine eigene internationale Architektur aufbauen will. Das Treffen stand

ganz im Zeichen einer engeren wirtschaftlichen Verflechtung jenseits westlicher Institutionen: neue Infrastrukturprojekte, die Stärkung des Handels in der chinesischen Währung Yuan, Pläne für eine SCO-Entwicklungsbank und intensivere militärische Zusammenarbeit unter dem Banner der regionalen Anti-Terror-Struktur. Zugleich wurde die SCO rhetorisch als „Modell einer neuen Art internationaler Beziehungen“ inszeniert – ein Gegenentwurf zur westlich geprägten Ordnung, die man als heuchlerisch und doppelzüngig darstellt. Auch wenn innere Widersprüche die Handlungsfähigkeit der SCO begrenzen, signalisiert das Treffen, dass eine alternative Ordnung unter chinesischer Führung immer stärker Konturen gewinnt.

Ein wesentlicher Faktor ist dabei die Unterstützung Chinas für Russland. Peking hat kein Interesse an einem schnellen Ende des Krieges, sondern profitiert gleich mehrfach von der gegenwärtigen Lage. Zum einen verschafft sich China durch die Käufe russischer Energie und Rohstoffe Zugang zu günstigen Ressourcen, die es für seine eigene Wirtschaft dringend benötigt. Zum anderen schwächt der andauernde Krieg den Westen – politisch, wirtschaftlich und militärisch. Und nicht zuletzt dient der Konflikt für Peking als eine Art Feldstudie: Man beobachtet genau, wie weit die USA und Europa tatsächlich bereit sind zu gehen, wenn es darum geht, die regelbasierte Ordnung zu verteidigen. Diese Erkenntnisse sind für Chinas strategische Ambitionen im Südchinesischen Meer und gegenüber Taiwan von unmittelbarer

Bedeutung. Je mehr sich zeigt, dass die westliche Entschlossenheit begrenzt ist, desto größer wird Pekings Handlungsspielraum in seiner eigenen Region.

Der Ukrainekrieg als globale Kraftprobe

Der Ukrainekrieg ist damit mehr als ein regionaler Konflikt. Er ist die erste offene Kraftprobe für die regelbasierte internationale Ordnung, deren Erosion sich bereits seit Jahren abzeichnet – durch den Aufstieg autoritärer Mächte, die zunehmende Blockbildung in einer multipolaren Welt und die Relativierung westlicher Institutionen. Ob die Ukraine am Ende eigenständige Sicherheitsgarantien erhält, ob Europa eine gemeinsame Linie mit Washington findet und ob Russland tatsächlich zum Einlenken gezwungen wird, ist damit nicht nur für die Ukraine relevant. Am Ausgang dieses Konflikts wird sich ablesen lassen, ob die regelbasierte Ordnung weiterhin tragfähig bleibt – oder ob wir Zeugen einer tektonischen Verschiebung in der internationalen Politik sind.



Sven Benentreu (32)

arbeitet für einen Außenhandelsverband und studiert begleitend Asien-/Afrikastudien an der Humboldt-Universität zu Berlin. Du erreichst ihn via sven.benentreu@julis.de oder die Sozialen Medien: [@svenbenentreu.](https://www.twitter.com/svenbenentreu)

„Pick-up“-Gnocchi

jedes Mal ein sicherer Treffer

Egal ob ihr noch auf der Suche nach eurem neuen Schwarm seid oder diesen schon habt und mit einem feinen Rezept beeindrucken wollt: Heute präsentiere ich euch meine Pick-up Gnocchi. Sie sind (fast) nicht zu vermasseln und schmecken phänomenal!

Dieses Gericht habe ich vor einigen Jahren selbst entwickelt. Ich habe aus der Not eine Tugend gemacht: Die letzten Zutaten aus dem Kühlschrank zusammengekratzt, ein paar Gnocchi und eine Packung Bresso in die Pfanne geworfen – fertig. Und siehe da: Die Kombination war so gut, dass ich das Rezept über die Jahre immer weiter verfeinert habe. Besonderer Dank geht an meinen sehr guten Freund Julius Theisen, der mir den Tipp gab, gleich am Anfang etwas Weißwein zu verwenden, damit die Zwiebeln ihr volles Aroma entfalten.



Zutaten:

- 200 g Speckwürfel
- 1 Zwiebeln, gewürfelt
- 500 g Gnocchi
- einige Schluck Weißwein
- 150 ml Sahne
- 150 g Spinat
- 1 Stück Bresso (oder ähnlicher cremiger Weichkäse)
- 2 Knoblauchzehen, gepresst
- frisch geriebener Parmesan
- Salz & Pfeffer nach Geschmack

(für 2–3 Personen)

Zubereitung:

1. Speck anbraten

Die Speckwürfel in einer Pfanne bei mittlerer Hitze anbraten, bis sie knusprig sind und das Fett austritt. Speck herausnehmen und beiseitestellen, das ausgelassene Fett in der Pfanne lassen.

2. Zwiebeln anschwitzen

Die gewürfelten Zwiebeln im Speckfett 1–2 Minuten glasig anbraten.

3. Gnocchi anbraten

Die Gnocchi dazugeben und rundherum goldbraun und knusprig braten.

4. Mit Weißwein ablöschen

Einige Schlücke Weißwein in die Pfanne gießen und einkochen lassen, bis die Flüssigkeit fast verdampft ist.

Bresso in Stückchen einröhren, Sahne hinzufügen und leicht einköcheln lassen.

Den Spinat unterheben, bis er zusammenfällt, und den Knoblauch (optional) dazupressen.

Mit Salz, Pfeffer und frisch geriebenem Parmesan abschmecken.

5. Anrichten

Die Gnocchi-Mischung auf Tellern anrichten und mit den knusprigen Speckwürfeln garnieren.

Fun Fact:

Wenn ihr mal in Frankreich seid und euren französischen Freundinnen und Freunden begeistert von köstlichem Bresso oder gar Géramont erzählt – Obacht! Auch wenn diese Käse aussehen wie „la grande tradition française“ und von französischen Molkereien vertrieben werden: In Frankreich kennt die Dinger kein Mensch! Also besser vorsichtig sein – sonst gibt's statt Lob nur hochgezogene Augenbrauen. Bisous!



Rezept von **Malte Frisch**

Er ist in verschiedenen Positionen bei den Julis und der LHG aktiv. Er kocht mit großer Begeisterung und freut sich jedes Mal über die wertvolle Geselligkeit bei den Julis.

Bildnachweis: stock.adobe.com Deftige Pfannen-Gnocchi mit frischem Spinat und knusprig geröstetem Südtiroler Speck in der Eisenpfanne mit Parmesan serviert – Italian Gnocchi with spinach, roasted South Tyrolean bacon and parmesan von kab-vision

Liebe JuLis,

die Zeit nach der politischen Sommerpause stand natürlich ganz im Zeichen der Kommunalwahl. Nicht nur haben zahlreiche Junge Liberale vor Ort für ihre Städte- und Gemeinderäte oder Kreistage kandidiert, sondern es haben sogar einige gewagt, sich in das Rennen um das Bürgermeisteramt zu werfen. Etwas, auf das wir besonders stolz sein können!



LPPW in Essen

Vor der Sommerpause kamen wir im Juni in Essen zu unserem landespolitischen Wochenende in Essen zusammen. Zwei Tage haben wir uns in gewohnt konzentrierter und angenehmer Atmosphäre nicht nur auf die Kommunalwahl vor-

bereitet, sondern auch den Austausch mit der Landessportjugend gesucht und verschiedene Wahlkampftechniken erprobt. Auch der gemeinsame Bowlingabend hat gezeigt, wie wichtig die LPPWs für unseren Landesverband sind.



Sommerfest und Fußballturnier in Bochum

Beim mittlerweile schon beinahe traditionellen Fußballturnier in Bochum konnten die JuLis Bochum wieder einen Turniersieg einfahren. Mehr als 100 von euch kamen für einen lockeren Samstag ins Ruhrgebiet, um neben dem Fußball auch das liberale Miteinander zu feiern. In diesem Zeichen

stand auch das Sommerfest im Anschluss, zu dem wir Frank Schäffler und Ralf Witzel begrüßen durften. Die beiden sprachen in für die FDP schwierigen Zeiten darüber, dass mit mehr Freude an der Debatte und konsequenteren Positionen der Wiederaufstieg gelingen kann.



Wo keine Referendare, da keine Richter

Gemeinsam mit FDP und Liberalen Hochschulgruppen in NRW haben wir vor dem Justizministerium in NRW eine Presseaktion organisiert. Die schwarz-grüne Landesregierung streicht 30 % der Referendariatsplätze. Dabei fehlen in NRW überall Richter und Staatsanwälte. Wer den Rechtsstaat besser und NRW sicherer machen möchte, dürfte hier nicht sparen. Und wer jungen Menschen Perspektiven geben möchte, der streicht nicht immer nur in der Bildung, sondern investiert hier mehr. Wir sind uns sicher: mal wieder ein ganz falsches Signal der Landesregierung!



Aktionstage quer in NRW

Der Landesverband hat bei unseren Bürgermeisterkandidaten (Daniel Böhler in Ennepetal, Nikolas Thörner in Bergheim und Timo Schmitz in Rheinberg) Aktionstage veranstaltet, um die Kandidaten vor Ort zu unterstützen. Dabei hat sich gezeigt: Es braucht

dringend mehr Junge Liberale in NRW's Rathäusern, um die Verwaltung vor Ort voranzubringen. Auch unsere RVR-Spitzenkandidaten Alondra von Groddeck und Jonas Degen haben wir in Mülheim an der Ruhr an einem Aktionstag bei bestem Wetter unterstützt.

Steuergeldverschwendungen in NRW

Der Landesrechnungshof kommt im August zu einem vielsagenden Urteil, was die Haushaltspolitik der schwarz-grünen Landesregierung angeht. Konkret heißt es im Bericht: „Nur, weil der Bund die Schuldenbremse lockert, darf NRW nicht weiter fröhlich auf Pump rasen.“ Unter anderem hat das Land NRW 14.600,00€ für eine Kaffeemaschine (!) in einem Zukunftslabor der Polizei ausgegeben. Egal, ob beim WDR oder in der Staatskanzlei – die Landesregierung nimmt es mit dem Steuergeld der Bürger nicht so genau. Wichtig ist, dass die FDP wieder in der Landesregierung mitmischt.

Ausblick

Mit dem 104. Landeskongress starten wir endgültig in die Vorbereitung auf die Landtagswahl, vor allem in inhaltlicher Hinsicht. Das Programmatik-Team und die Landesarbeitskreise freuen sich auf eure Ideen – denn ihr könnt euch aktiv in den Prozess einbringen, damit sich eure Ideen am Ende im Landtagswahlprogramm der FDP wiederfinden. Ich freue mich, euch in den kommenden Wochen zu sehen!

Euer Torben

KLEINER BLICK AUF'S POSITIVE

KRITIK ALS GRUNDLAGE UND GEFAHR

Es ist die Grundlage unserer Demokratie.

Es wird von Oppositionen für sich genutzt.

Meist ältere Menschen hören es ungern, und die Jugend bringt es (meist unaufgefordert) immer wieder auf.

Die Kritik am Bestehenden. Das Infragestellen des „Ist-Zustandes“.

Und ich persönlich halte es für enorm wichtig. Nur so kann sich ein Land weiterentwickeln – sei es politisch, gesellschaftlich oder auch wirtschaftlich. Etwas, das immer wieder gemacht wird, ist, auf das zu schauen, was alles nicht funktioniert – sei es in den Medien, sei es in der Politik. Damit lässt sich auch hervorragend arbeiten, wie man am politischen Diskurs und den aktuellen Wahlumfragen sehen kann...

Es gibt jedoch etwas, das, vielleicht vor allem wir Deutschen, besonders gut können: pessimistisch auf das schauen, was ist, und direkt in extremen Szenarien sprechen. Eben auf das Negative schauen (was ja durchaus berechtigt sein kann) und das als Ausgangspunkt betrachten, wie es zwangsläufig zukünftig werden muss. Ohne zu wissen, wie es bei dir ist: Ich höre seit Jahren immer wieder (und jetzt noch häufiger) „Deutschland geht den Bach runter“, „wir sind auf dem absteigenden Ast“, „trauriges Deutschland“ und noch so einiges mehr. Man kann sich jetzt

die Pisa-Studien anschauen und ja, auch das zweite Rezessionsjahr in Folge, und sagen: „Stimmt! Deutschland ist verloren.“

Und noch einen weiteren Punkt gebe ich dir, auch die Frage: Ist das das Beste, was Deutschland, was wir können? Ist es das beste Schulsystem? Das beste Rentensystem? Das beste öffentliche Verkehrssystem? Sicher würde kaum jemand alle diese Punkte mit voller Überzeugung bejahen...

WIRTSCHAFT IM INTERNATIONA-LEN VERGLEICH

Nur meine Frage an dich ist: Ist das jetzt das BESTE, auf das wir uns fokussieren können? Klar ist das zweite Rezessionsjahr in Folge kein Grund zum Jubeln, aber gab es das nicht schon in der Vergangenheit? Definitiv ja. Und wurde es nicht jedes Mal (ohne jetzt groß Geschichte auszupacken), wenn Deutschland Probleme hatte, diese gelöst? Ebenfalls ja!

Wirtschaftlich steht Deutschland im weltweiten Vergleich zu vielen anderen Ländern immer noch vorne mit dabei. Lass mich dir einige Beispiele der Verschuldung

einiger Länder im Vergleich zum BIP(Bruttoinlandsprodukt) hierfür geben (Statista):

Japan 236 %
Griechenland 150 %
USA 120 %
Frankreich 113 %
Spanien / Belgien 104 %
♦ **Deutschland 63 %** ♦

Ich selbst arbeite im Finanzwesen, und grundsätzlich arbeiten wir wie folgt: Wir schauen uns bei unseren Kunden die Einnahmen, Ausgaben sowie Wirtschaftlichkeit und Rücklagen an (sicher noch mehr, aber das fasst es zusammen). Daraufhin erstellen wir ein Rating für unsere Kunden, das von, sagen wir mal, „Triple-A bis D“ geht. Große Agenturen (zum Beispiel S&P – hast du vielleicht schon mal gehört) gehen ähnlich vor und bewerten unter anderem auch ganze Länder.

Das Rating von Standard & Poor's (S&P) umfasst 22 „Ränge“ – von höchster Bonität bis insolvent / zahlungsunfähig. Deutschland ist eines der Länder mit einem AAA-Rating. Wir sind eines der wenigen Länder, die es geschafft haben, sich so gut und nachhaltig aufzustellen, dass wir von einer international sehr angesehenen Ratingagentur die Bestauszeichnung erhalten haben. Das schaffen weltweit 11 von knapp 200 Ländern! Also, auch wenn man vieles wirtschaftlich kritisieren kann, beneiden uns weltweit Länder um unsere Bonität und Wirtschaftlichkeit.

STARK IM MITTELSTAND UND FORSCHUNG

Noch etwas, um das wir sehr begeistert werden, ist unser Mittelstand.

Eine kleine Geschichte dazu: Ich war vor einigen Wochen auf einer Veranstaltung, wo nebenbei erwähnt wurde, dass eine Firma aus einem 30.000-Einwohner-Örtchen neben meiner Heimatstadt, Türen herstellt, die zum Beispiel im Burj Khalifa eingebaut wurden.

Keine Woche später sitze ich auf einer Veranstaltung, wo ich erfahre, dass eine kleine Firma aus Wuppertal mit ca. 50 Mitarbeitenden Klingen herstellt, die weltweit verkauft werden. Es gibt in Deutschland so viele „Hidden Champions“, die zeigen: Wir können sehr vieles in Deutschland durchaus sehr gut! Und vielleicht gibt es bei dir ja auch die eine oder andere Firma, die einen echten Beitrag für dieses Land, die Menschen hier und auch die eigenen Mitarbeiter und deren Familien leistet.

Also neben der berechtigten Kritik wird recht oft vergessen, was dieses Land, was all die Menschen, die hier leben, in der Vergangenheit und auch heutzutage auf die Beine gestellt haben.

Ich möchte noch einen weiteren Punkt kurz anschneiden: Unser Bildungswesen hat sicher auch deutlich mehr Potenzial. Trotz-

dem sei angeführt, dass wir auch hier, weltweit betrachtet, eine beachtliche Menge bereits geschaffen haben.

Wir haben europa- und weltweit anerkannte Universitäten, die auch mit der Wirtschaft im Austausch stehen. Auch arbeiten wir mit anderen Ländern und deren Universitäten zusammen, um zum Beispiel Halbleitertechnik nach Deutschland zu bringen. Auch werden jährlich Milliardenbeträge in Forschung gesteckt. 2022 waren es, um mal Zahlen zu nennen, 121,4 Milliarden Euro. Damit sind wir, gemessen an den Einnahmen und auch den gesamten Aufwendungen, weltweit vorne mit dabei.

CHANCEN NUTZEN UND VERANTWORTUNG ÜBERNEHMEN

Du siehst also anhand kurzer Beispiele, dass es einiges gibt, was wir hier im Lande tun. Sicher ist es gut, die Probleme anzusprechen, aber auch mal auf das zu schauen, was wir hier alles leisten und das Land nicht, wie es manchmal auch gesagt wird, „kaputtzureden“.

In einem Buch habe ich einmal folgende Kapitelüberschrift gelesen: „Jedes Problem ist ein nicht gegründetes Unternehmen“. Und ich mag die Idee dahinter. Denn hinter jedem Problem ergibt sich eine Möglichkeit.

Was machen wir jetzt mit all den meist negativen Meldungen?

Wir können es sicher dabei be lassen und uns in die Reihen der „Klagenden“ einreihen. Sinnvoller könnte es aber sein zu schauen, wo jetzt die Chance liegt, Dinge besser zu machen.

Bei den Geschehnissen, die es zur Zeit weltweit gibt, gibt es sicher die Möglichkeit, sich auf die Umstände zu berufen und nichts zu tun – oder sich zu beschweren. Die Schuld auf Russland, China oder die Wahlen in Amerika oder sonst was zu schieben, bringt aber wohl kaum jemanden und ganz bestimmt nicht uns hier weiter. Ich glaube fest daran, dass es jetzt deutliche bessere Optionen gibt. Dass es nun darum geht, sich dem zu stellen und Verantwortung anstelle von Ausreden zu übernehmen und zu präsentieren.

Jetzt. Jetzt ist die beste Zeit, Verantwortung zu übernehmen. Auf das zu schauen, was funktioniert, oder eben auf das, was wir dazu beitragen können. Kombiniert mit einer kleinen Menge an Optimismus wird uns – wie schon immer – auch durch diese Zeit tragen!



Amon Börnsen
macht gerade eine Ausbildung zum Bankkaufmann. Ihr erreicht ihn unter: amonboernsen@icloud.com.

Kongress Bingo

Lindner wird zurück ersehnt	Immer noch Ampel-Bashing	Jemand regt sich über Hendrik Wüst auf	„Die Grünen“
Grußwort über 10 Minuten	Erstes Bier vor 12	GO-Debatte	Ordnungsruf
Das Präsidium ist sich uneinig	Erstredner vergisst Erstredner-Geschenk	Torben spricht zu lange	Spontaner Änderungsantrag
LaKo beginnt zu spät	Ganzer Bezirksverband Sonntagmorgen unpünktlich	Heidi Reichenek wird erwähnt	„NRW wird unter Wert regiert“

Chefredaktion/V.I.S.D.P.

Lasse Hundsdoerfer (@lhundsdoerfer)

Herausgeber und Verlag

Junge Liberale Landesverband NRW e.V., Sternstraße 44, 40479 Düsseldorf, Telefon (0211) 4925185, julimagazin@julis-nrw.de

Fotos

Adobe Stock

Gestaltung

BTW MARKETING, www.btw-marketing.com

Lektorat

BTW MARKETING, www.btw-marketing.com

Druck

frames GmbH, Essen

Das JULIMAGAZIN ist die Zeitschrift des Landesverbandes NRW der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Für Mitglieder der Jungen Liberalen ist der Bezugspreis mit dem Mitgliedsbeitrag abgegolten. Die im JULIMAGAZIN abgedruckten Beiträge und Artikel geben alleine die Meinung des jeweiligen Verfassers und nicht unbedingt die der Redaktion oder der Herausgeber wieder.

Dieses Magazin wird gefördert durch:

Ministerium für Kinder, Jugend, Familie, Gleichstellung, Flucht und Integration des Landes Nordrhein-Westfalen

